



An die Vernehmlassungsadressaten

15. September 2015

## **Inkraftsetzung Gemeindegessetz und Verordnungsentwurf zum Gemeindegessetz**

Sehr geehrte Damen und Herren

Nachdem der Kantonsrat am 20. April 2015 den Erlass des Gemeindegessetzes beschloss und der Reformprozess rund acht Jahre in Anspruch genommen hatte, erwarten viele Gemeinden eine rasche Umsetzung der gesetzlichen Neuerungen.

Damit dies gelingt, müssen Kanton und Gemeinden Hand in Hand zusammenarbeiten. Daher habe ich den Verband der Zürcher Gemeindepräsidenten, den Verein der Zürcher Gemeindegesschreiber und Verwaltungsfachleute sowie den Verband der Zürcher Finanzfachleute angefragt, ob sie eine Inkraftsetzung des neuen Rechts auf Anfang 2017 oder 2018 vorziehen.

Die Umfrage ergab den Wunsch nach einer Inkraftsetzung auf den 1. Januar 2018, weil sonst die Umsetzungszeit als zu knapp betrachtet wird. Im Sinn der eingangs beschriebenen Zielsetzung nehme ich dieses Anliegen gerne auf und werde dem Regierungsrat die Inkraftsetzung des Gemeindegessetzes auf 1. Januar 2018 beantragen.

Mit Schreiben vom 22. Juli 2015 haben Sie den Verordnungsentwurf für die Vernehmlassung zur Stellungnahme erhalten. Anlässlich der Sitzung des Beirats für Gemeindegessfragen vom 7. September 2015 hat der Verband der Gemeindepräsidenten den Wunsch geäussert, eine Aufstellung zu erhalten, aus der ersichtlich ist, auf welche Gesetzesbestimmungen sich die Vorschriften des Verordnungsentwurfs stützen. Das Gemeindeamt hat eine solche Aufstellung erarbeitet, die Sie unter [www.gemeindegessetz.zh.ch](http://www.gemeindegessetz.zh.ch) finden.

Das Gemeindeamt steht Ihnen im Übrigen weiterhin gerne zur Verfügung, wenn Sie sich im Rahmen einer Präsentation über die Neuerungen und Auswirkungen der Verordnungsbestimmungen informieren wollen.

Mit freundlichen Grüssen

Jacqueline Fehr



## **Vernehmlassungsadressaten**

- Direktionen des Regierungsrates
- Staatskanzlei
- Finanzkontrolle
- Ombudsperson
- Datenschutzbeauftragter
- Politische Gemeinden
- Schulgemeinden
- Zweckverbände
- Anstalten
- Alternative Liste (AL)
- Bürgerlich Demokratische Partei (BDP)
- Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)
- Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU)
- Evangelische Volkspartei (EVP)
- Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)
- Grünliberale Partei (GLP)
- Grüne Partei (Grüne)
- Sozialdemokratische Partei (SP)
- Schweizerische Volkspartei (SVP)
- Bezirksräte
- Kollegium der BezirksratsschreiberInnen
- Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV)
- Verband Zürcher Schulpräsidentinnen und Schulpräsidenten (VZS)
- Sozialkonferenz
- Verein Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute (VZGV)
- Verband Zürcher Finanzfachleute (VZF)
- Interessengemeinschaft ITC
- Vereinigung des Personals Zürcherischer Schulverwaltungen (VPZS)
- Zürcher Handelskammer
- Kantonaler Gewerbeverband
- Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich
- Kirchenrat der evangelisch-reformierten Landeskirche
- Synodalrat der katholischen Kirche im Kanton Zürich
- Verband der Stadtzürcherischen Evangelisch-Reformierten Kirchgemeinden
- Verband Zürcher Einwohnerkontrollen
- Verband der Gemeindeammänner und Betreibungsbeamten (VGBZ)
- Verband der Gemeindesteuerämter (VGS)